

Mit Solidarität und Vernunft aus der Krise!

Die Corona-Pandemie zählt zu den größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft der letzten Jahrzehnte. Auch in unserer Stadt hat das Virus viele Menschenleben gekostet und großes Leid verursacht. Viele Menschen müssen mit schwerwiegenden Langzeitfolgen einer COVID-19-Erkrankung rechnen oder leben bereits damit. Alle Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, befinden sich am Rande der Erschöpfung. Notwendige Einschränkungen bedeuten für viele ungeheure seelische oder wirtschaftliche Belastungen.

Wir sind überzeugt, dass die wissenschaftlich begründeten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie sinnvoll sind: Impfen, Kontaktreduzierung und die Einhaltung von Hygieneregeln können dazu beitragen, die Ausbreitung des Virus einzudämmen, den Kollaps des Gesundheitssystems zu verhindern und Menschenleben zu retten. Wir werben für diese Maßnahmen. Wir tun dies auch aus Solidarität mit den Beschäftigten im Gesundheitssystem und mit denjenigen, die im besonderen Maße durch das Virus gefährdet sind.

Eine moderne demokratische Gesellschaft braucht Solidarität und Vernunft. Solidarität bedeutet die Achtung aller und die Verteidigung der Grundrechte aller Bürger*innen. Vernunft heißt, Argumente zu achten und zum rationalen und respektvollen Meinungsstreit bereit zu sein.

Solidarität und Vernunft sind der Weg aus der Krise: Rücksichtnahme auf andere, der Schutz vulnerabler Gruppen und das Mittragen von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie – wie beispielsweise das Impfen – sind Gebote der Solidarität. Die Anerkennung wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Pandemie und das Verständnis für die Offenheit von Forschung und Erkenntnisprozessen sind Gebote der Vernunft. Wir wissen, dass dies alles nicht einfach ist: Für uns alle bedeutet dies Anstrengungen und Einschränkungen und die Konfrontation mit komplexen Sachverhalten.

Die Bürger*innen haben das Recht, sich kritisch mit den Maßnahmen und den daraus folgenden Belastungen auseinanderzusetzen. Wer aber zusammen mit Nazis demonstriert, darf kein Verständnis erwarten und muss sich den Vorwurf gefallen lassen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden. Wer alle Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung nutzt und behauptet, wir lebten in einer Diktatur, verhöhnt die Opfer echter Diktaturen in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Nicht hinnehmbar ist die Relativierung des Holocausts durch diejenigen, die sich mit dessen Opfern gleichsetzen. Wer verbale oder physische Gewalt gegen Menschen, die die Pandemie bekämpfen, gutheißt, grenzt sich selbst aus. Wer lieber Verschwörungserzählungen glaubt statt überprüfbare wissenschaftliche Ergebnisse ernstzunehmen, hat sich von der Vernunft und damit aus jedem rationalen Diskurs verabschiedet.

Niemand, die oder der die Maßnahmen gegen die Pandemie kritisch beurteilt, ist gezwungen, zusammen mit Nazis und Rechtspopulist*innen zu demonstrieren. Deshalb erfordern „Spaziergänge“, die unter Beteiligung von Gruppen wie der neonazistischen „Freien Sachsen“ oder der AfD stattfinden, Gegenprotest statt Verständnis. **Wir Dresdner BÜNDNISGRÜNE unterstützen darum Proteste gegen diese Aktionen. Wir tun dies im Wissen um unsere bürgerrechtlichen Traditionen, die uns Verpflichtung sind, und in dem Bewusstsein, dass die Demokratie erkämpft und verteidigt werden muss.**